

12. Soziale Segregation

12.1 Ursachen der Segregation

Nachdem wir im vorherigen Kapitel auf die Spannweite des Begriffes Segregation eingegangen sind, geht es nun um die nähere Erklärung der Ursachen sozialer Segregation. Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass es von gesellschaftlichen Strukturprinzipien und Wertvorstellungen abhängt, wonach der soziale Raum einer Stadt gegliedert ist. Ob es sich bei den maßgeblichen Elementen der Sozialstruktur um Schichten, Stände oder Klassen handelt und ob deren Verteilung im städtischen Raum über den Mechanismus des Marktes, über politisch administrative Vorgaben oder über gewaltsame Internierung geschieht – all das hat sich mit jeder gesellschaftlichen Formation ebenso gewandelt wie die normative Bewertung dieser Vorgänge (vgl. Herlyn 1974). Was einst als gottgegebener oder quasi naturgesetzlicher Zustand gewertet wurde, wurde zu einer bekämpfenswerten Ungerechtigkeit.

Die sozialräumliche Struktur der vorindustriellen europäischen Stadt beruhte auf einem Gemisch ständischer Prinzipien (Herkunft und Ehrbarkeit) und auf der funktionalen Gliederung nach Beruf (Kaufleute, Handwerker) und Religion (Christen, Juden). Die darauf aufbauenden Institutionen des Patriziats, der Gilden und Zünfte und der Ghettos organisierten zugleich »das ökonomische und soziale, das kulturelle und [...] das politische Leben der Städte in peniblen Ordnungen« (Schäfers 2000, 71). In stark hierarchisch gegliederten oder ständisch fragmentierten Gesellschaften war und ist Segregation wie selbstverständlich institutionalisiert. Erst in Gesellschaften, die die Ansprüche gleicher Lebenschancen und kultureller und religiöser Gleichberechtigung haben (also in so genannten »offenen« Gesellschaften) wird die soziale Segregation zum Problem; sie widerspricht dem Ideal der Gleichheit und der Offenheit.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich zwei Fragen nach den Ursachen sozialer Segregation:

1. *Hinsichtlich der Angebotsseite des Wohnungsmarktes:* Wie kommt eine räumlich ungleiche Verteilung qualitativ differenzierter Wohnungsbestände zustande?
2. *Hinsichtlich der Nachfrageseite des Wohnungsmarktes:* Wie kommt es zur Verteilung von Individuen auf die unterschiedlichen Segmente des Wohnungsangebots?



Abb. 12.1 Determinanten der Wohnortentscheidung

Handlungstheoretisch gesehen ergibt sich die räumliche Verteilung von Haushalten aus den Wohnstandortentscheidungen einzelner Haushalte. Nur einer kleinen Minderheit, nämlich solchen Haushalten, denen andernfalls Substandardwohnen oder gar Obdachlosigkeit drohen, wird eine Wohnung vom Wohnungsamt zugewiesen. Im Normalfall kommen Wohnstandortscheidungen in einer Annäherung von *Präferenzen* und *Restriktionen* zustande, wobei mit abnehmender Bedeutung von Restriktionen die persönlichen Präferenzen an Gewicht gewinnen. Die eindeutigste und jedem bekannte Restriktion ist die ökonomische; wer auf die Kosten, die eine Wohnung verursacht, keine Rücksicht nehmen muss, kann sich seinen Wohnstandort vollkommen frei aussuchen – es sei denn, er stieße auf rassistische oder andere Diskriminierungen. Dagegen spielen bei Haushalten, die nur über ein sehr geringes Budget verfügen, die subjektiven Wünsche nur eine marginale Rolle. Das hängt allerdings auch von der Lage auf dem Wohnungsmarkt insgesamt ab: Ist dieser sehr angespannt, bestehen geringere Wahlmöglichkeiten, als wenn viele Wohnungen leer stehen.

Abbildung 12.1 verdeutlicht die Einbettung der individuellen Entscheidungen bei der Wahl eine Wohnung in politische, ökonomische und soziale Zusammenhänge.

Makroökonomische Faktoren (wie Kapitalverfügbarkeit, Einkommensentwicklung oder die Baukonjunktur) spielen für Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt ebenso eine Rolle wie makro-soziale Bedingungen (Bevölkerungsentwicklung, Migration) und politische (staatliche Förderung des Wohnungsbaus und Mietrecht). Sie beeinflussen das Wohnungsangebot und die Wohnungsnachfrage allgemein und damit auch die Spielräume, die Wohnungssuchende haben.

Wie sich eine Stadt entwickelt, wird durch politische Entscheidungen ebenso beeinflusst wie durch die Pläne privater Investoren. Mit städtebaurechtlichen Instrumenten (Bebauungsplan, Sanierungs- und Milieuschutzsatzung) kann die Kommune die bauliche Entwicklung steuern und die sozialräumliche Zusammensetzung von Quartieren beeinflussen. In den 1920er Jahren und in den ersten drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die Kommunen in der Bundesrepublik durch die Wohnungsbauförderung sogar einen sehr starken Einfluss auf die sozialräumliche Struktur, denn der Anteil des öffentlich geförderten Wohnungsbaus war in diesen Perioden vergleichsweise hoch. Beim öffentlich geförderten Miet-Wohnungsbau, der überwiegend von gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften getragen wurde, konnten die Gemeinden im Rahmen der Förderungsbestimmungen über Lage und Qualität des sozialen Wohnungsbaus mitbestimmen. Dies war das entscheidende Instrument für eine Steuerung der sozialräumlichen Struktur – insbesondere deshalb, weil die Stadterweiterung mit der parallel laufenden Erneuerung der Altbaugebiete zu einem Abbau derjenigen starken Trennung nach Klassen und Schichten genutzt werden konnte, wie sie für den Städtebau der Industrialisierung typisch war. Der öffentlich geförderte Wohnungsbau (›sozialer Wohnungsbau‹) war in diesen Zeiten für ›breite Schichten der Bevölkerung‹ zugänglich, schloss also im Grunde nur die sehr wohlhabenden Haushalte aus.

Wir wollen im Folgenden die einzelnen Mechanismen, die zu einer sozialen Sortierung der Stadtbevölkerung führen, systematisch betrachten, wobei wir zwischen Angebots- und Nachfrageseite unterscheiden.

12.2 Das Angebot an Wohnraum

Muster sozialräumlicher Ungleichheit in den Städten beruhen auf den strukturellen Veränderungen des Wohnungsbaus und entwickeln sich deshalb über lange Zeiträume. Unterschiedliche Akteure der Wohnungsversorgung – Grundeigentümer, Investoren, Kreditinstitute, Stadtplaner, Wohnungspolitiker, Wohnungsbauträger, Vermieter und Makler – entscheiden darüber, wo welche Wohnungen wem angeboten werden. Deshalb sind die sozialen Prägungen von Quartieren das Ergebnis von teilweise weit zurückliegenden Entscheidungen:

Wohnhäuser aus dem Mittelalter findet man heute nur noch in den Kernen kleinerer Städte. Im Mittelalter gab es zwar eine Segregation nach Ständen und Zünften,

in den einzelnen Häusern aber wohnten Personen von gänzlich unterschiedlichem Status zusammen (zum Beispiel Meister, Gesellen, Dienstboten). Lediglich die untersten Schichten wohnten in abgeschiedenen Quartieren innerhalb oder außerhalb der Stadtmauer. Die großräumige soziale Struktur der heutigen Städte entstand überwiegend in der Zeit des größten Städtewachstums zwischen 1860 und 1910. Danach gab es zwar bedeutsame Umbauten und Ergänzungen, aber die Grundstruktur wurde kaum geändert. Selbst die Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg und die Flächensanierungen der 1960er und 1970er Jahre konnten den sozialen Status eines alten Arbeiterviertels oder eines Villengebietes aus jener Zeit nur in Ausnahmefällen grundlegend ändern.

Bis 1918 lag der Wohnungsbau fast ausschließlich in den Händen von Privatpersonen und privatwirtschaftlicher Gesellschaften. Diese bauten marktgerecht, also an verschiedenen Stellen für unterschiedliche Nachfragergruppen (Arbeiterwohnungen in dicht bebauten Quartieren in der Nähe zu den Fabriken, architektonisch deutlich hervorgehobene Wohnungen für Angestellte, Villen für die Oberschicht am Rande der Stadt im Grünen). Die Planung der baulichen Entwicklung durch kommunale Behörden, die sich seit 1870 zaghaft entwickelte, war abhängig von der Zustimmung der Grundeigentümer, die in den Kommunalparlamenten bis 1918 mindestens die Hälfte der Mitglieder stellten (vgl. Reulecke 1997). Mit der Demokratisierung der Kommunalpolitik nach dem Ersten Weltkrieg erweiterten sich die Möglichkeiten der staatlichen Steuerung. Damit erlangte auch das Ziel, die sozialräumliche Spaltung der Städte zu überwinden, große Bedeutung. Der mit öffentlicher Förderung errichtete Siedlungsbau übernahm dabei eine Leitfunktion.

In Städten gibt es keinen einheitlichen Wohnungsmarkt, sondern er besteht aus verschiedenen Segmenten. Dazwischen liegen erhebliche Barrieren (vgl. Ipsen 1981; Ipsen/Glasauer/Lasch 1986). Das können Preisdifferenzen, Prestige-Images, administrative Richtlinien (beim sozialen Wohnungsbau) oder informelle Diskriminierung von Vermietern gegenüber Ausländern oder Angehörigen anderer kultureller Minderheiten sein. Die Schranken zu exklusiven Wohngebieten, die in Immobilienführern mit Hinweisen auf die soziale Zusammensetzung der Bewohnerschaft und auf die besondere Qualität von Architektur und Lage gekennzeichnet werden, können auch handfest in schwer überwindbaren räumlichen Distanzen bestehen, zum Beispiel fehlenden Anschlüssen an ein Massenverkehrsmittel – schließlich verfügt man hier über Zweit- und Drittwagen – und in einer im Wortsinne exklusiven, weil privat organisierten Infrastrukturausstattung: Öffentliche Badeanstalten sind überflüssig, wenn man den privaten Pool nutzen kann, und durch die Bauordnung werden störende Nutzungen wie Kneipen oder andere Vergnügungseinrichtungen fern gehalten. Bei der Planung eines neuen Wohngebiets können durch die städtische Planung die Bebauungsdichte, die Höhe der Gebäude und die Abstände zwischen ihnen festgelegt werden, wodurch im Zusammenspiel mit dem Bodenpreis der soziale Charakter eines Quartiers weitgehend festgeschrieben wird.

Die Grundlagen für die qualitativ und quantitativ ungleiche Verteilung des Wohnungsangebotes über das Stadtgebiet sind also:

- die *politische Differenzierung von Räumen*, die mit den Mitteln von Stadtplanung, Infrastruktur- und Wohnungspolitik unterschiedliche Wohnqualitäten an verschiedenen Standorten schafft,
- die *ökonomische Differenzierung von Räumen* über Preisdifferenzen zwischen Wohnstandorten und Ausstattungsniveaus,
- die *symbolische Differenzierung von Räumen* über ihre positive oder negative Etikettierung durch Architektur, städtebauliche Gestaltung, Bebauungsdichte und landschaftliche Qualitäten
- und schließlich die *soziale Differenzierung von Räumen* durch die Zusammensetzung der Bewohnerschaft, denn das (hohe oder niedrige) Sozialprestige einer Gegend kann durch gezielte Preisgestaltung und selektive Wohnungsvergabe (Diskriminierung) modelliert und verfestigt werden.

Bauträger und Wohnungsvermittler entscheiden aufgrund ihrer Eigentums- und Verfügungsrechte an Immobilien, Kapital und Boden, welcher Raum wem zugänglich wird (vgl. Farwick 2001, 28 ff.), sie können den Zugang zu Wohnraum regulieren und Gatekeeper-Funktionen einnehmen. Allerdings werden ihre individuellen Entscheidungen durch übergeordnete Rahmenbedingungen begrenzt.

12.3 Die Wohnungsnachfrage

12.3.1 Ressourcen

Die Nachfrageseite wird bestimmt durch die privaten Haushalte, die unter Einsatz der ihnen zur Verfügung stehenden ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen Zugang zu Wohnungen suchen:

Ökonomische Ressourcen: Diese sind entscheidend für den Grad der Wahlfreiheit, den ein Haushalt bei der Wahl seines Wohnstandortes hat. Die Attraktivität einer Gegend und die Qualität der Wohnungen schlagen sich in Grundstückspreisen und in der Höhe der Mieten nieder. Je begrenzter die ökonomischen Ressourcen eines Haushalts sind, desto geringer sind seine Wahlmöglichkeiten. Die ökonomischen Ressourcen werden nicht allein durch die Höhe des Haushaltseinkommens bestimmt. Die Sicherheit des Einkommens – Beamte erhalten leichter Kredit als unqualifizierte Industriearbeiter – und die Verfügung über eigenes Vermögen sind vor allem für den Zugang zum Eigentumswohnungsmarkt entscheidend.

Kognitive Ressourcen: Sprachfähigkeit, Kenntnisse des Wohnungsmarkts, des Mietrechts und einschlägiger wohlfahrtsstaatlicher Bestimmungen sind wichtig bei

der Wohnungssuche. Man kann eine große Vielfalt von Informationsquellen nutzen, zwischen verschiedenen Anbietern auswählen (privaten Eigentümern, Wohnungsbaugesellschaften oder Genossenschaften) und muss auf wohnungsrechtliche Bestimmungen achten (Mietrecht, Förderbestimmungen und Belegungsrechte).

Soziale Ressourcen: Die sozialen Netze, zu denen ein Haushalt Zugang hat, können ein entscheidender Faktor bei der Wohnungssuche sein. Verfügen Verwandte, Freunde, Kollegen und Bekannte über Informationen, die bei der Wohnungssuche helfen? Umfasst das soziale Netz vielleicht sogar Gatekeeper des Wohnungsmarktes, die Zugänge zu attraktiven Wohnungen direkt öffnen?

Politische Ressourcen: Organisationsfähigkeit, Zugang zu politischen Eliten insbesondere der Wohnungs- und Stadtpolitik, aber auch sozialstaatliche Anspruchsrechte auf Wohngeld und preisgebundene Sozialwohnungen können ebenfalls entscheidende Faktoren bei der Wohnungssuche sein.

Schließlich kann auch die gegenwärtige Position auf dem Wohnungsmarkt eine wichtige Ressource sein, sofern damit Berechtigungen für andere Wohnungsmarktsegmente verbunden sind, beispielsweise wenn Bewohner eines Stadterneuerungsgebiets bei der Vergabe sanierter Wohnungen innerhalb dieses Quartiers bevorzugt werden.

Aus dem Zusammenspiel von strukturiertem Angebot und unterschiedlicher Ausstattung der Haushalte mit ökonomischem, sozialem, kulturellem und politischem Kapital ergibt sich die Verteilung der sozialen Gruppen im Raum der Stadt. Dabei spielt auch der Umfang des Wohnungsangebotes eine Rolle. Harvey (1988, 168) hat das Spiel von Angebot und Nachfrage mit dem Bild eines leeren Theaters verglichen, dessen Sitze sich allmählich füllen: Der erste, der das Theater betritt, hat n Wahlen (n = die Anzahl der Sitze), der zweite n minus 1 und so weiter bis zum letzten, der den Sitz nehmen muss, der noch frei ist. Die Haushalte mit hoher Ausstattung an den jeweiligen Kapitalsorten betreten als erste den Wohnungsmarkt und treffen ihre Wahl, diejenigen mit niedriger Kapitalausstattung müssen dann das akzeptieren, was von den zuerst Gekommenen übrig gelassen wurde.

12.3.2 Präferenzen

Bis hierher unterscheiden sich Haushalte nur danach, welche Teile des Wohnungsangebotes sie überhaupt nutzen können. Innerhalb dieser Teile oder Segmente bieten sich aber noch weitere Wahlmöglichkeiten. Die bevorzugte Wohngegend, das, was man als ›gute‹ Wohngegend zu akzeptieren bereit ist, wird sehr stark von der eigenen Wohnerfahrung bestimmt. Untersuchungen zur Umzugsmobilität von Haushalten (vgl. Bleek 1989; Albrecht 1972; Wagner 1989) zeigen, dass in den meisten Fällen zunächst eine Wohnung in der Nähe der bisherigen gesucht wird. Nach langer Wohndauer beinhalten Wohnquartiere immer auch soziale Netze – Freunde, Ver-

wandte, Nachbarn, die man kennt. Diese Bedeutung des Quartiers ist zwar durch Telekommunikation und verbesserte Verkehrsmittel geringer geworden, dennoch ist sie nach wie vor vorhanden. Insbesondere bei Zuwanderern spielen die lokal zentrierten sozialen Netze neben der Familie eine große Rolle.

Für das Verlassen eines Quartiers, in dem man lange gewohnt hat, müssen gravierende Gründe vorliegen. An erster Stelle der Wunschliste deutscher Familienhaushalte steht der Wunsch nach dem Eigenheim. Aus Platzgründen und der Bodenpreise wegen werden diese an den Rändern der Städte oder im Umland errichtet. Millionen von Haushalten sind seit den 1950er Jahren dorthin umgezogen (vgl. das Kapitel zum Suburbanismus). In den suburbanen Regionen bildeten sich dadurch vergleichsweise sozial homogene Quartiere, in den Kernstädten blieben insbesondere die Alleinstehenden, die Armen und die Ausländer zurück. Der Wunsch nach sozialer Homogenität ist eine treibende Kraft für Segregationsprozesse, denn es »steht einem nichts ferner und nichts [ist] weniger tolerierbar als Menschen, die sozial fern stehen, aber mit denen man in räumlichen Kontakt kommt« (Bourdieu 1991, 32). Besonders sensibel reagieren Haushalte mit Kindern auf eine Nachbarschaft, die sozial heterogen ist, weil sie einerseits unerwünschte Einflüsse durch Kinder aus anderen Schichten und Kulturen vermeiden wollen, und weil sie andererseits eine Benachteiligung ihrer Kinder durch ein zu niedriges Leistungsniveau in den Schulen befürchten. Das hat dazu beigetragen, dass der Anteil von Kindern an der Wohnbevölkerung in den innerstädtischen Gebieten immer sehr viel niedriger ist als in den Randgebieten einer Großstadt (Segregation nach den demographischen Merkmalen Haushaltstyp und Alter).

Wohnstandortwünsche variieren im Lebenszyklus (vgl. Matthes 1978; Ipsen 1990, Herlyn 1990). Die Bewohner der Innenstädte sind im Durchschnitt sehr viel jünger als die der übrigen Gebiete der Stadt, weil sich hier Studenten, Auszubildende, Zuwanderer und Berufsanfänger konzentrieren. Mit der Familiengründung verlassen viele von ihnen diese Gebiete, ähnliche Bewohner rücken nach.

Das Zusammenspiel von Ressourcen und Präferenzen generiert unterschiedliche Handlungsspielräume bei der Wohnstandortwahl. Wenn vor allem die Präferenzen für Segregation verantwortlich sind, können wir von *freiwilliger oder aktiver Segregation* sprechen; wenn die Wohnstandortwahl vor allem aufgrund von Restriktionen, also aufgrund der Unmöglichkeit, die eigenen Wünsche zu realisieren, zustande kommt, sprechen wir von *erzwungener oder passiver Segregation*. Diese ergibt sich aus einem Mangel an ökonomischen Ressourcen und aus sozialer Diskriminierung und führt dazu, dass sich Haushalte in ähnlich marginalisierter Lage in benachteiligten Quartieren konzentrieren. Die marginale soziale Lage kann sich durch das Wohnen in solchen segregierten Gebieten verfestigen und verschärfen, so dass aus benachteiligten Quartieren benachteiligende Quartiere werden.

Wie entstehen nun solche Viertel, in denen sich sozial marginalisierte Haushalte konzentrieren?

12.4 Quartiere der Ausgrenzung

Obwohl das Ausmaß der sozialen Segregation in den Großstädten gegenüber dem 19. Jahrhundert abgenommen hat, gibt es in allen Großstädten nach wie vor ausgesprochene Arbeiterviertel – segregierte Quartiere, in denen der Arbeiteranteil unter den Haushaltsvorständen 60 oder 70 % übersteigt. Solange die meisten Erwerbspersonen einer geregelten Arbeit nachgingen, herrschte dort nie übermäßiger Wohlstand – aber auch keine ausgesprochene Armut. Doch traf die vom ökonomischen Wandel der Großstädte in den letzten drei Jahrzehnten induzierte Krise des Arbeitsmarktes vor allem unqualifizierte Industriearbeiter. Die Arbeitslosenquote in den entsprechenden Quartieren stieg sprunghaft an. Aus den Arbeitervierteln wurden – ein wenig überspitzt ausgedrückt – Arbeitslosenviertel. Die betreffenden Stadtteile fielen in ihrem ökonomischen Niveau gleichsam eine Stufe nach unten, die Kaufkraft ließ nach, und gleichzeitig nahmen die Konflikte im Quartier zu. Man kann von einem *Fahrstuhleffekt nach unten* sprechen.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit bleibt aber auch für die Quartiere nicht ohne Wirkung, in denen bislang noch eine stärkere Mischung sozialer Lebenslagen zu verzeichnen war. Wenn in sozial und ethnisch heterogenen Wohnquartieren – das können innerstädtische Altbaugelände ebenso sein wie Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus am Rande der Städte – die sozialen Probleme so zunehmen, wie es in den vergangenen zehn Jahren der Fall war, entsteht ein Konfliktniveau, das nicht mehr durch spontane Prozesse der Verständigung bzw. der Auseinandersetzung geregelt werden kann. Wenn viele Bewohner das Gefühl bekommen, dass sie einer immer unerfreulicher werdenden Umwelt hilflos ausgeliefert sind, kann zu Recht von *überforderten Nachbarschaften* (Krings-Heckemeier/Pfeiffer 1998) gesprochen werden.

Soziale Verunsicherung, zunehmende Konflikte und Angst vor sozialem Abstieg führen zu einer selektiven Mobilität. Die Haushalte, die umziehen, sind überwiegend erwerbstätig und sozial besser integriert als die Zurückbleibenden. Unter den Zuziehenden sind viele Nichterwerbstätige und Zuwanderer, weil diese in anderen Quartieren wegen hoher Preise oder Diskriminierung keine Wohnungen finden. Die integrierten Quartiere schließen sich sozial ab und geben die sozialen Probleme in die damit schon besonders belasteten Nachbarschaften weiter.

Durch den kollektiven Abstieg und durch die selektive Mobilität (vgl. die empirischen Belege am Beispiel Berlin bei Häußermann/Kapppan 2000) entsteht ein Milieu der Armut und Ausgrenzung, das für die benachteiligten Bewohner zusätzliche Benachteiligungen zur Folge hat. Den Prozess, durch den solche Quartiere der Ausgrenzung entstehen, verdeutlicht die folgende Grafik.

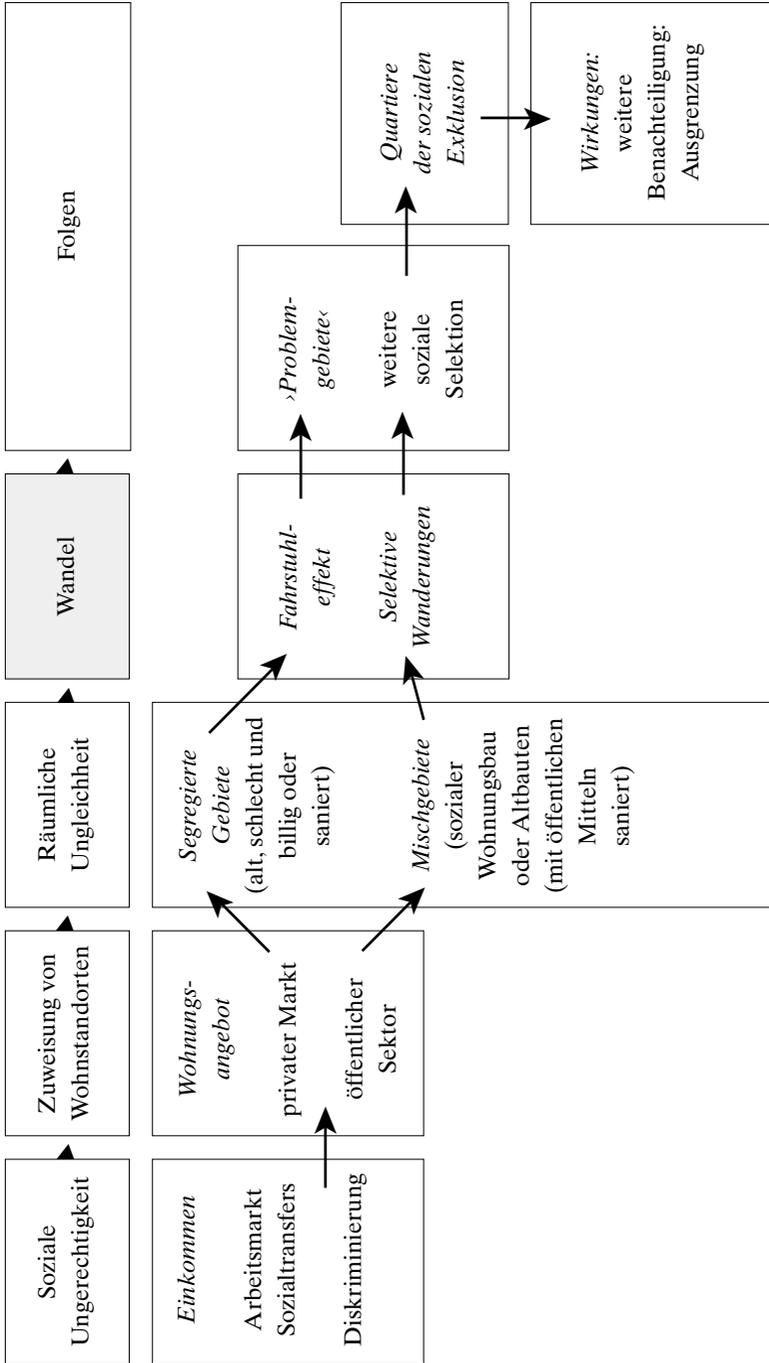


Abb. 12.2 Wirkungsketten der sozialen Segregation: Herausbildung von ›Quartieren der sozialen Ausgrenzung‹

Wirkungsketten der sozialen Segregation

In Abbildung 12.2 ist dargestellt, wie sich Quartiere der sozialen Exklusion bilden können. Ausgangspunkt ist die räumliche Ungleichheit, die sich aus dem Zusammenwirken von sozialer Ungleichheit und den Zuweisungsmechanismen der Wohnungsverorgung ergibt. Die aus den Einkommen sich ergebenden materiellen Ressourcen bestimmen die Wahlfreiheit bei der Wohnstandortwahl; daneben sind soziale und ethnische Diskriminierungen ein Merkmal sozialer Ungleichheit.

Das Wohnungsangebot ist in Segmente von privaten und öffentlichen Anbietern unterteilt. Quartiere, in denen die Häuser privaten Eigentümern gehören, sind zu großen Teilen stärker segregiert als diejenigen, in denen öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften oder andere Träger des sozialen Wohnungsbaus vorwiegend die Eigentümer sind. Die niedrigsten Einkommensgruppen wohnen vorwiegend in Stadtteilen mit Altbauten, die eine schlechte Ausstattung haben (frühere Arbeiterviertel), oder – zu geringeren Anteilen – in Beständen des sozialen Wohnungsbaus bzw. in sanierten Altbaugebieten. Letztere sind daher als ›Mischgebiete‹ bezeichnet.

Unter dem Einfluss steigender Arbeitslosigkeit, hoher Sozialhilfedichte und wachsender Anteile ethnischer Minderheiten setzt nun ein Wandel in diesen Gebieten ein, der zwei Formen annimmt: Bereits zuvor stark segregierte Gebiete werden durch den Anstieg von Einkommensarmut (zum Beispiel als Folge von Arbeitslosigkeit) zu Armutsgebieten, steigen also gleichsam im Fahrstuhl eine Etage tiefer in der Sozial- und Prestigeskala. Zum anderen nehmen aufgrund steigender Konflikte in den ›überforderten‹ Nachbarschaften selektive Mobilitätsprozesse zu; das heißt, dass Haushalte mit höheren Einkommen, Mittelschicht-Lebensstil und insbesondere solche mit Kindern (wegen der aufgrund des sozialen Umfeldes als schlecht eingeschätzten Bildungsmöglichkeiten in den Kindergärten und Schulen) diese Gebiete verlassen und in ›bessere‹ und sozial homogenere Teile der Stadt umziehen. Dagegen ziehen vor allem solche Haushalte zu, die aufgrund ihres Einkommens oder wegen sozialer Diskriminierung keine andere Wahl haben.

Die Folge ist die Herausbildung von ›Problemgebieten‹, in der Amtssprache auch gerne als ›soziale Brennpunkte‹ bezeichnet. Sie sind durch einen hohen Anteil von Haushalten mit multiplen sozialen Problemen gekennzeichnet, die sich auch in auffälligem und als störend empfundenem Verhalten im öffentlichen Raum niederschlagen (Alkoholismus, aggressives Verhalten, Vermüllung). Solche Quartiere können sich durch die in diesem Kapitel beschriebenen Effekte zu Quartieren der sozialen Ausgrenzung entwickeln.

12.5 Effekte der Segregation

Die Behauptung, dass die räumliche Konzentration benachteiligter Haushalte einen sich selbst verstärkenden Effekt nach sich zieht, also dass benachteiligte Quartiere gleichzeitig benachteiligend wirken und der Wohnort als solcher bereits zu einem Faktor der Benachteiligung avanciert, ist nicht unumstritten (vgl. Buck 2001). Dennoch gehört sie zum selbstverständlichen Argumentationsreservoir derer, die die

räumliche Konzentration von Armen oder anderweitig sozial Diskriminierten bekämpfen möchten – und damit befindet man sich oft in problematischer Gesellschaft mit sozialtechnischen oder sogar fremdenfeindlichen Ansätzen. Das darf jedoch nicht zum Verdrängen möglicher negativer Effekte für die Lebenschancen führen.

Seit der sozialökologischen Stadtforschung der 1920er Jahre existiert die These einer Verbindung räumlicher Konstellationen und sozialer Effekte. Dort wurde immer ein Zusammenhang zwischen den sozialräumlichen Strukturen der Großstadt und damals als anomisch geltenden Erscheinungen, wie der freizügige Umgang mit Sexualität, ausgeprägte Kriminalität und Armut angenommen und mittels quantitativer Analysen untersucht (vgl. Friedrichs 1998 a, 87 f.). Allerdings konnten bisher die methodischen Fragen der Analyse solcher *Kontexteffekte* nie befriedigend gelöst werden, so dass bis heute in der Stadtforschung wenig Klarheit besteht, inwieweit welche Faktoren der städtischen Umwelt abweichendes Sozialverhalten beeinflussen.

In der Diskussion um Strategien der Stadtsanierung in der BRD Ende der 1960er Jahre hat die Frage, inwieweit die sozialräumlichen Strukturen in den so genannten *Sanierungsverdachtsgebieten* Teil der problematischen sozialen Lage der Bewohner seien, eine zentrale Rolle gespielt. Die sozialwissenschaftliche Diskussion über diese Frage bezog hier drei unterschiedliche Positionen:

- Im Lichte der *Modernisierungstheorie* galten die Wohn- und Lebensverhältnisse in Sanierungsgebieten als rückständig, weil weder die Wohnungsqualität noch die Lebensweisen den Standards einer modernen, funktionalistisch ausgerichteten Gesellschaft zu entsprechen schienen; die Bewohner von Sanierungsgebieten wurden eben deshalb als benachteiligt bezeichnet, weil sie Bewohner von Sanierungsgebieten waren. Ein Leben in einem derartigen sozialen und materiellen Milieu konnte nur eine defizitäre Lebensweise nach sich ziehen. Das Sanierungsgebiet erschien als Falle, und die Sanierer als wackere Befreier (vgl. Zapf 1969).
- Gegen diese Modernisierungsperspektive wandten sich Soziologen, die die spezifischen sozialen Beziehungen nicht als minderwertig, sondern als *Gegenkultur* interpretierten; nicht die Perspektive der Anpassung an bzw. der Integration in die ›moderne‹ kapitalistische Gesellschaft sollte zum Maßstab der Beurteilung der Wohn- und Lebensbedingungen gemacht werden, sondern die Utopie einer ganz anderen Lebensweise, deren Herstellung auf revolutionärem Wege zur Maßstab bildenden Perspektive erhoben wurde. Rückständigkeit wurde zur Andersartigkeit, die den Keim einer radikalen Alternative, eines gesellschaftlichen Gegenentwurfs in sich trug. Die den Bewohnern häufig aufgenötigten Verbesserungen der Wohnsituation wurden als ›Zwangskonsum‹ bezeichnet. Das Sanierungsgebiet galt als Ort des Widerstandes (vgl. Hoffmann-Axthelm 1975).
- Zwischen Anpassung und Gegenwehr lässt sich das Plädoyer für eine *behutsame Sanierung* ansiedeln. Nach dieser Position sollten zwar die ›durchschnittlichen

Wohnstandards« auch in den verfallenen und vernachlässigten Gebieten für eine einkommensschwache Bevölkerung durchgesetzt werden – allerdings mit sozialverträglichen Kosten. Auf die Eigenart der sozialen Beziehungen solle Rücksicht genommen werden. Die Eigenart der sozialen Beziehungen (informelle Hilfsnetze, informelle Ökonomie) wurde als zu bewahrende Kulturleistung anerkannt, deren soziale und materielle Effekte andernfalls durch staatlich-städtische Institutionen erbracht werden müssten. Die Bewahrung traditionaler Sozialformen, die an eine bestimmte physische Umgebung (in der Regel innerstädtische Altbaugebiete) gebunden sind, wurde als Alternative zur rigiden und sozial zersetzenden Wirkung der Modernisierungsstrategie mit der Umsetzung in die Großsiedlungen am Stadtrand verstanden und propagiert. Das Sanierungsgebiet galt als Nische.

Wir können also eine *Modernisierungsstrategie* von einer Strategie der politisch verstandenen *Gegenkultur* und einer *Fürsorgestrategie* unterscheiden, die traditionelles Sozialkapital gegen seine etatistische Eliminierung verteidigt. Alle drei Perspektiven gehen von impliziten Effekten der baulich-physischen Umgebung aus, die untrennbar mit den sozialen Milieus verbunden sind. Diese Milieus werden jedoch in ihren Effekten unterschiedlich bewertet: Im ersten Fall wirkt das Quartier benachteiligend, im zweiten Fall emanzipierend, im dritten bewahrend und beschützend. Ganz falsch ist keine der Bewertungen – die widersprüchliche Realität spiegelt sich auch in den häufig unterschiedlichen Sichtweisen auf ein Quartier: Von ›innen‹, von den Bewohnern, werden sie aufgrund der sozialen Beziehungen oft als lebenswert und angenehm beschrieben, während sie von ›außen‹, von Stadtplanern oder Lokalpolitikern, als Elendsgebiete oder Schandfleck bewertet werden (vgl. Boettner 2002).

Diese Ambivalenz sollte man im Gedächtnis haben, wenn die räumliche Konzentration von Bevölkerungsteilen mit bestimmten sozialen Merkmalen als stadtpolitisches Problem beschrieben und Ansätze für eine Veränderung entwickelt werden. Genauso wie die segregierten Räume ethnischer Minderheiten zugleich beschützende *und* benachteiligende Wirkungen haben können (ethnische Kolonien oder Ghettos, vgl. 13. Kapitel), sind die Effekte sozialräumlicher Ungleichheit nicht ohne weiteres gleichzusetzen mit sozialer Ausgrenzung der Armutsbevölkerung. Unter welchen Bedingungen dies der Fall ist, muss sorgfältig bestimmt und untersucht werden.

Dringender politischer Handlungsbedarf besteht, wenn sich in einer Großstadt Quartiere entwickeln, deren Bewohner von der Teilhabe an einem ›normalen‹ gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen bleiben. Dann geht es nicht mehr um die Frage, ob die Intervention modernisierungstheoretisch geboten oder vom subkulturellen Standpunkt aus verhindert werden muss, sondern es geht schlicht um die Herstellung von Chancengleichheit. Hier stößt man allerdings sofort auf das verzwickte Problem, dass sich die Lebensweisen in einem problembehafteten Quartier zwar einerseits als Subkultur mit eigenem Recht und als funktional notwendige Anpassungsleistung an

die besonderen Anforderungen eines Lebens unter Armuts- oder Einwanderungsbedingungen beschreiben lassen, während es andererseits genau diese subkulturellen Spezifika sind, die – gemessen an Mittelschichtnormen – abweichende Verhaltensweisen zur Folge haben. Dies erschwert den Aufstieg Jugendlicher aus dem Armuts- oder Einwanderungsmilieu in die dominante Kultur der Mittelschicht – dies ist das starke Argument in der Diskussion über eine *Armutskultur* (vgl. Lewis 1992).

Bourdieu (1991) hat drei Kapitalarten unterschieden, die Individuen im Wettbewerb um soziale Positionen einsetzen können. Zunächst das *ökonomische Kapital* im Sinne von Geld oder Eigentum; das *soziale Kapital* bezeichnet die sozialen Beziehungsnetzwerke über die man verfügt, aus denen man materielle und ideelle Unterstützung beziehen kann, zum Beispiel Zugang zu wichtigen Informationen oder Personen etc.; das *kulturelle Kapital* schließlich besteht aus Ressourcen, die sich aus Qualifikationen und der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gesellschaftsschicht ergeben. Analog dieser drei Kapitalsorten lassen sich drei Dimensionen bestimmen, in denen benachteiligte Wohnviertel benachteiligend wirken können, eine *materielle*, eine *soziale* und eine *symbolische* Dimension:

- Die *materiellen* Lebensbedingungen sind im Vergleich zur Gesamtstadt schlechter, weil eine dünne Infrastruktur, mangelhafte private und öffentliche Dienstleistungen, belastende physische Umweltqualitäten, eine schlechte Einbindung in das Verkehrsnetz und wenig Erwerbsmöglichkeiten die Situation prägen. Das Quartier benachteiligt, indem es die Lebensführung erschwert, die Gesundheit der Bewohner beeinträchtigt und ihre Handlungsmöglichkeiten einschränkt.
- Die *sozialen* Lebensbedingungen sind beeinträchtigt, weil sich nur unzuverlässige und wenig leistungsfähige informelle soziale Netze bilden, und weil durch das dichte Nebeneinander unverträglicher Lebensweisen Konflikte entstehen. Insbesondere kann das soziale Milieu negative Lernprozesse fördern, die dessen Mitglieder immer weiter von den Normen und Verhaltensweisen der Mainstream-Gesellschaft entfernen, so dass zum Beispiel sich bietende Chancen auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr ergriffen werden können. In der konservativen amerikanischen Forschung ist dies die zentrale Definition der *underclass*, die durch negative Verhaltensweisen und diese rechtfertigende Einstellungen charakterisiert wird (vgl. die Diskussion in Häußermann/Kronauer/Siebel 2004).
- *Symbolische* Beeinträchtigungen bestehen darin, dass erstens ein verwahrloster öffentlicher Raum den Bewohnern ihre eigene Wertlosigkeit signalisiert, dass zweitens eine schlechte Adresse die Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt verschlechtert und drittens das negative Image des Quartiers als negatives Selbstbild von den Bewohnern übernommen werden kann und dadurch Apathie und Hoffnungslosigkeit verstärkt.

Die Wirkungen dieser drei Bündel von Effekten werden wir im Folgenden noch näher erläutern. Wir geben aber wiederum zu bedenken, dass es sich um eine analyti-

sche Differenzierung handelt, die eine klare Sicht auf die Dinge ermöglichen soll. Sicherlich ist es in der empirischen Realität so, dass zwischen diesen Prozessen zahlreiche Wechselwirkungen und verstärkende Effekte bestehen. Die Dimensionen der Benachteiligung überlagern und verstärken sich in der städtischen Wirklichkeit. Dennoch kommt eine verlässliche Diagnose nicht ohne eine analytische Trennung der maßgeblichen Prozesse aus.

12.5.1 Das Quartier als Lernraum – Milieueffekte

Ein benachteiligtes Milieu wirkt sich vor allem durch *Sozialisierungseffekte* und durch Beschränkungen sozialer Interaktionen aus, es limitiert die soziale Erfahrung und beschneidet Austauschprozesse. Zugrunde liegen diesen Effekten die Theorie sozialen Lernens und die Netzwerktheorie. Die Theorie des sozialen Lernens benennt die Familie, die Medien, die Schule, die Nachbarschaft und unterschiedliche Peergroups als die maßgeblichen Sozialisationsinstanzen. Die Schule, die Nachbarschaft und die Peergroups beziehen sich explizit auf das Quartier als Lernraum. Eine Nachbarschaft, in der sich Modernisierungsverlierer und sozial diskriminierte Bewohner konzentrieren und abweichende Verhaltensmuster präserter sind als in Wohngebieten der Mittelschicht, erzeugt durch Sozialisation einen Rückkopplungseffekt, der die Normabweichung bei Jugendlichen verfestigt. Sowohl durch sozialen Druck wie durch Imitationslernen werden diese Normen immer stärker im Quartier verbreitet, eine Kultur der Abweichung wird dominant. Kindern und Jugendlichen wird die Möglichkeit genommen, andere Erfahrungen zu machen, da im alltäglichen Erfahrungsraum die Kontakte zu positiveren Rollenvorbildern fehlen. Die Erfahrung der Ablehnung gelernter Verhaltensweisen außerhalb der Nachbarschaft oder des Milieus führt häufig nicht zur Verunsicherung, sondern zu reaktiver Verstärkung und weiterer Distanzierung vom gesellschaftlichen Mainstream.

Dieser Verstärkungseffekt der subkulturellen Qualitäten eines Quartiers führt zur Abwanderung insbesondere von Familien mit Kindern, die sich nach den klassischen Mittelschichtnormen ausrichten. Je mehr solche Haushalte fortziehen, desto geringer werden die Erfahrungsmöglichkeiten positiver *Rollenvorbilder* insbesondere für Kinder und Jugendliche. Es gibt immer weniger unterschiedliche (Verhaltens- bzw. Lebens-)Modelle, an denen man das eigene Verhalten orientieren könnte (so Wilson 1996). Beispiele dafür gibt es genug: Wenn Kinder oder Jugendliche überhaupt niemanden mehr kennen, der einer regelmäßigen Erwerbsarbeit nachgeht, fällt es schwer, ein Vorstellung davon zu entwickeln, dass pünktliches Aufstehen und die Einhaltung einer gewissen Selbstdisziplin Lebensmöglichkeiten erschließen kann. Oder wenn Jugendliche in ihrem Bekanntenkreis niemanden mehr kennen, der durch Erwerbstätigkeit einen bescheidenen Lebensunterhalt verdient, hingegen einige, die sich durch kriminelle Aktivitäten ohne sonderlichen Aufwand eine spekta-

kuläre Lebensführung ermöglichen und sich obendrein über den Schulbesuch lustig machen – welche Handlungsalternativen liegen dann nahe?

Die soziale *Umwelt der Bezugsgruppen* prägt auch das Selbstbild und die Selbstachtung der Erwachsenen. Wenn früher erworbene Aspirationen und Normen ständig als dysfunktional entwertet und lächerlich gemacht werden, ist es – wenn die Möglichkeit, das Umfeld zu verlassen, aus materiellen Gründen nicht besteht – sehr wahrscheinlich, dass eine Anpassung an diese Umwelt erfolgt. Damit schwinden die Chancen auf eine Wiederbelebung vorheriger Verhaltensmuster. Solche Reaktionen sind aus der Wohnbedürfnisforschung bekannt; auch dort erfolgt eine Anpassung der eigenen Normen nach unten, wenn keine Möglichkeiten zur aktiven Anpassung, also zur Veränderung oder zum Wechsel der Umwelt gegeben sind – eine ›Reduktion kognitiver Dissonanz‹ (vgl. Häußermann/Siebel 2000 a).

Das Quartier kann natürlich nur dann eine Sozialisationswirkung entfalten, wenn sich die *Erfahrungsräume und Kontaktnetze* tatsächlich weitgehend auf das Quartier begrenzen. Wie stark ist das der Fall? Friedrichs (1998 a) kommt zu dem Ergebnis, dass im Vergleich zur Wirkung der Statushomogenität die Nachbarschaft zwar keinen besonderen Einfluss auf Reichweite und Zusammensetzung der Verkehrskreise hat. Allerdings spielt die räumliche Nähe innerhalb sozial homogener Verkehrskreise eine erhebliche Rolle, das heißt, innerhalb status-homogener Netze intensivieren sich die Kontakte durch räumliche Nähe. Strohmeier (1983) konnte dies sogar anhand von Kontakten und Hilfeleistungen innerhalb von Verwandtschaftsnetzen zeigen. Viele Untersuchungen belegen, dass die Kontaktnetzwerke Unterschichtsangehöriger lokal stark eingegrenzt, also auf das Quartier konzentriert sind. Durch Arbeitslosigkeit verengen sich die meist ohnehin schon kleinen Netze noch weiter. Selbstzweifel und Resignation fördern den Rückzug ins Private. Kontakte mit Menschen, die nach wie vor diejenige Lebensweise führen, die man selbst nicht mehr führen kann, werden vermieden (Reduktion kognitiver Dissonanz) – diese Reaktionen wurden in der Arbeitslosenforschung mehrfach belegt (Morris 1987).

Wenn die sozialen Netzwerke enger und homogener werden, verändert sich gleichzeitig deren Qualität. Wie Granovetter (1973) gezeigt hat (vgl. auch Wegener 1997), sind lose geknüpfte, sozial heterogene Netzwerke weit produktiver als eng geknüpfte, homogene Netze (*›the strength of weak ties‹*). Die Netze der Mittelschicht sind größer, heterogener und räumlich diffuser als die Netze der Unterschicht. Diese bleiben lokal orientiert, kleiner und homogener, und – das ist die Folge sozialräumlicher Segregation – ihre Reichweite und Leistungsfähigkeit werden in Quartieren, in denen sich eine Problem beladene Bevölkerung konzentriert, zusätzlich eingeschränkt.

Für diejenigen, die der Armut entkommen wollen, stellen Quartiere mit einer hohen Konzentration Problem beladener Haushalte eine paradoxe Situation dar. Wie Bourdieu et al. (1997) gezeigt haben, verlangt ein Leben in Armut, das sich noch an den kulturellen Standards der Integrierten misst, eine hohe Disziplin bei der

Geldeinteilung, beim Konsumverhalten und bei der zeitlichen Planung. Es müssen *Gewohnheiten der Notwendigkeit* entwickelt werden, eine vorausschauende Planung und selbst dann noch Einhaltung der Normen, wenn die Not groß und die Gelegenheiten für eine Übertretung günstig wären. Dass sich anders auch leben lässt, demonstriert die Umwelt: »man läßt sich einfach hängen und verdrängt, man nimmt Schulden für horrenden Zinsen auf, um sich auch einmal etwas zu leisten, oder man flieht in die Scheinwelt der Drogen. Daß Konflikte nicht mit einem kühlen Kopf, sondern mit körperlicher Gewalt ›gelöst‹ werden, daß kleinkriminelle Delikte begangen werden, anstatt zu sparen, sind weitere Beispiele für ein Verhalten, das aus der auferlegten Notwendigkeit ›ausbricht‹ und dabei gegen gesellschaftliche Anstandsregeln und Normen verstößt. Solche Verhaltensweisen können kurzfristig die depravierte Lebenslage der Personen subjektiv oder objektiv verbessern. Für die benachteiligten Personen sind sie deshalb auch nicht per se irrational. Langfristig führen sie in der Regel freilich nicht aus dem Mangel heraus, sondern verfestigen und vertiefen vielmehr die Deprivationen« (Keller 1999, 129).

Ein weiterer Effekt der räumlichen Konzentration von Deklassierten und Diskriminierten ist, dass damit deren *politische Repräsentanz* schwindet. Durch den Wegzug der Qualifizierteren und Integrierten geht dem Gebiet soziale Kompetenz verloren, die notwendig wäre, um Probleme zu analysieren, Forderungen zu formulieren und diese wirksam an die politischen Instanzen zu richten. In den städtischen Verteilungskämpfen verlieren solche Gebiete an Gewicht, auch weil in der Regel der Anteil von Nichtwahlberechtigten (Ausländer) und Nichtwählern besonders hoch ist.

Weiterhin gehen den marginalisierten Quartieren durch den Verlust von integrierten Gruppen (Familien, Erwerbstätige, Qualifizierte) mögliche Führungsfiguren als Träger quartiersbezogener Institutionen, Vereine oder Initiativen verloren. Familien mit Kindern, so die Annahme, kümmern sich stärker um die Qualität ihrer Wohnumwelt als mobilere und ortsunabhängigere Gruppen der Bewohner. Damit gehen *soziale Kompetenzen*, konfliktmoderierende Potentiale und Gelegenheiten der Begegnung und Interaktion – insbesondere im Bereich Sport, Freizeit und Jugendarbeit – verloren.

Diese sieben referierten sozialen Veränderungen und Wechselwirkungen haben aber auch eine handfeste materielle Komponente.

12.5.2 Die materielle Benachteiligung marginalisierter Quartiere

Aufgrund der negativen sozialen Auslese der Bewohnerschaft nehmen die Konflikte mit den und innerhalb der Institutionen zu, die von Wohlfahrtsverbänden und öffentlicher Verwaltung im Quartier betrieben werden. Die Arbeit in diesen Institutionen wird schwieriger, Erfolgserlebnisse auf beiden Seiten (Klientel und professionelle Sozialarbeiter bzw. Lehrer) werden seltener, und das Bemühen der öffentlichen

Einrichtungen um die Qualität ihrer Leistungen lässt nach (vgl. Dubet/Lapeyronnie 1994). Darüber hinaus kann es auch zu quantitativen Angebotseinschränkungen kommen, beispielsweise im Hinblick auf die infrastrukturelle Versorgung. Die Kaufkraft sinkt und folglich auch die Qualität des Warenangebots – bis hin zu Geschäftsschließungen und Leerständen. Dies verstärkt den äußeren Eindruck des Niedergangs eines Quartiers, dessen innere Entsprechung die Entwertung des Selbstwertgefühls darstellt. Ladenschließungen führen zu Versorgungslücken und beschleunigen den Auszug derer, die auf ein gehobeneres Warenangebot Wert legen.

Durch die gebaute Struktur mancher Viertel werden ebenfalls die sozialen Beziehungen beeinflusst, beispielsweise wenn zum Zweck der Kostenersparnis die gemeinschaftlich genutzten Flächen klein gehalten sind, oder wenn die Anlage der Siedlung zwangsläufige Kontakte zwischen Bewohnern bedingt. Die Möglichkeiten, sich gegenüber anderen gleichgültig zu verhalten, werden eingeschränkt, Konflikte provoziert und ein aggressives Klima erzeugt. In dieser Dichte gibt es keine Ausweichmöglichkeiten, kein Entkommen vor der intensiven Begegnung mit anderen (fremden) Verhaltensweisen. Fremde werden so schnell als Aggressoren wahrgenommen – insbesondere dann, wenn die eigene Identität durch soziale Marginalisierung bereits erschüttert ist. Die als besonders problematisch bezeichneten Quartiere sind auch häufig durch städtebauliche Barrieren gegenüber der Nachbarschaft abgegrenzt, etwa durch Verkehrsanlagen oder Brachflächen. Sie werden zumeist von den übrigen Stadtbewohnern weder intentional noch zufällig aufgesucht. Diese Isolation zeitigt Folgen für die interne Kultur und das Dienstleistungsangebot: Für spezialisierte Kulturangebote findet sich kein ausreichend großes Publikum, so dass die heterogene (ethnische und kulturelle) Zusammensetzung eher eine Behinderung als einen Reichtum darstellt. Im kommerziellen Sektor ist es ähnlich: Den Geschäften fehlt die Laufkundschaft von außerhalb, die es ermöglichen würde, ein hochwertiges Sortiment zu erhalten.

12.5.3 Symbolische Benachteiligung

Ist erst eine gewisse Stufe in der Abwärtsentwicklung erreicht, setzt sowohl durch die Umwelt als auch durch die Bewohner ein Stigmatisierungsprozess ein. Das Quartier und dessen Bewohner erhalten das Etikett *Slum* – oder im Planerdeutsch: *sozialer Brennpunkt*. Die Wahrnehmungen der Bewohner sind zwar nicht einheitlich, aber je nach Orientierungen und nach noch vorhandenen Hoffnungen auf bessere Lebenschancen äußern sie drastische Urteile über das soziale Milieu, in dem sie leben (vgl. Dubet/Lapeyronnie 1994). Nicht nur das bauliche Erscheinungsbild und eine diskriminierte Bewohnerschaft können zum Stigma werden, auch eine bestimmte Lage in der Stadt ist nicht selten Anlass zur Stigmatisierung: hinter dem Bahnhof, an einer verkehrsreichen Straße oder in der Nähe von Mülldeponien.

Auch die Geschichte eines Quartiers kann zu unauslöschlichem Labeling führen, was bisweilen mythische Qualitäten annimmt. Ipsen hat auf die Persistenz von Nutzungen in Häusern hingewiesen (Ipsen et al. 1996), ebenso kann man von einer Pfadabhängigkeit der Nutzung von Plätzen oder Quartieren sprechen. Das *kollektive Gedächtnis* ist nur schwer zu täuschen oder zu überwinden, städtische Lagen haben ihr Image für lange Zeit mit entsprechend negativen Folgen:

1. Die Stigmatisierung eines Quartiers beeinflusst das Selbstwertgefühl der Bewohner, die nicht freiwillig im Gebiet wohnen. Sie fühlen sich als Gefangene.
2. Eine stigmatisierende Außenwahrnehmung kann sich nachteilig auf die sozialen Teilhabechancen insbesondere bei der Lehrstellen- und Arbeitsplatzsuche auswirken.
3. Vermüllung und Verwahrlosung der öffentlichen Räume sind äußere Anzeichen einer abnehmenden Verantwortung und Bindung an die eigene Lebensumwelt. Die Einschätzung, dass es ›abwärts‹ geht, verbreitet sich ebenso wie das Gefühl, dieser Entwicklung ohnmächtig ausgeliefert zu sein. Die Ignoranz gegenüber der Vermüllung der Wohnumwelt ist ein Anzeichen für den Verfall von gemeinschaftsorientierter Verantwortung und erzeugt deshalb auch Angst.
4. Zur symbolischen Dimension zählt auch die Zuweisung anderswo unerwünschter Funktionen (Recyclinganlage, Asylbewerberheim), die städtebauliche Anlage und die Qualität der öffentlichen Räume und Gebäude. Offensichtliche Desinvestitionen und die Vernachlässigung der Bausubstanz zählen ebenfalls zu jenen Formen symbolischer Demütigung, die das Selbstwertgefühl und die Lebensqualität beeinflussen.

12.6 Die kumulativen Effekte sozialer Segregation – Zusammenfassung

Selektive Abwanderung und Verarmung der Bewohner setzen in einem Quartier Prozesse einer sich selbst verstärkenden Spirale der Abwärtsentwicklung in Gang. Dabei entsteht ein soziales Milieu als Umwelt sozialer Lernprozesse, in der nur noch eine begrenzte Realitätswahrnehmung möglich und die Übernahme von abweichenden Normen wahrscheinlich ist. Diejenigen, die keine Möglichkeit zur Wahl eines anderen Wohnstandorts haben, passen sich diesem Milieu langsam an. Insbesondere die Kinder und Jugendlichen können in einen SozialisationssoG geraten, der ein Entkommen aus dem Milieu der Benachteiligung immer unwahrscheinlicher macht.

Diese Prozesse werden durch Veränderungen des gebauten Umfeldes bestätigt und verstärkt. Die Verwahrlosung des öffentlichen Raums und die Degradierung der Versorgungsinfrastruktur verstärken die Verluste des Selbstwertgefühls und die Ten-

denzen zu Rückzug und Resignation. Die Mobilien verlassen solche Quartiere und schwächen damit die sozialen Kompetenzen und die politische Repräsentation. Ist eine gewisse Stufe der Abwärtsentwicklung erreicht, setzt ein Stigmatisierungsprozess ein, der sich auch nachteilig auf die sozialen und ökonomischen Teilhabemöglichkeiten außerhalb des Quartiers auswirkt und in Form von sinkender Kaufkraft und sozialem Stress auf das Quartier zurückwirkt. Die durch Flucht ›besserer‹ Haushalte freigewordenen Wohnungen werden mit ›Problemhaushalten‹ belegt. Die ohnehin belastete Nachbarschaft gibt Anlass für weitere Fortzüge, so dass eine Spirale der sozialen Auslese in Gang gesetzt wird. Aus Orten, in denen Benachteiligte leben, können so Orte der Ausgrenzung werden (vgl. zum Begriff der Exklusion: Kronauer 2000). Solche Circulus-vitiosus-Effekte sind mittlerweile auch für deutsche Armutsquartiere nachgewiesen (Häußermann/Kapppan 2000; Friedrichs/Blasius 2000; Farwick 2001). Es entstehen ›Ghettos ohne Mauern‹, wenn nicht die solidarische Stadtgesellschaft Prozesse sozialer Stabilisierung und Reintegration einleitet und dauerhaft unterstützt.

Als ›Quartiere mit besonderem Erneuerungsbedarf‹ werden solche Stadtviertel in der nordrhein-westfälischen Stadtpolitik bezeichnet, wo es seit Mitte der 1990er Jahre ein spezielles Landesprogramm gibt, das auf Quartiere mit einer besonders hohen Konzentration von sozialen Problemen gerichtet ist. Ähnliche Programme waren zuvor in anderen europäischen Ländern (zum Beispiel in Großbritannien, den Niederlanden, Frankreich) und in den Bundesländern Berlin, Bremen und Hamburg eingerichtet worden, bevor mit dem Antritt der rot-grünen Bundesregierung im Jahre 1998 ein Bund-Länder-Programm ›Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt‹ aufgelegt wurde (vgl. Walther 2002). Bis 2004 waren bereits ca. 350 Stadtviertel im gesamten Bundesgebiet in dieses spezielle Förderungsprogramm aufgenommen worden. Innovativ bei diesem Programm ist, dass städtebauliche und soziale Probleme im Zusammenhang gesehen werden und dass deshalb neben der baulichen Erneuerung auch Projekte für die Verbesserung der sozialen Situation und für die Entwicklung des Gemeinwesens in einem *integrierten Handlungsprogramm* gefördert werden sollen. Anders als in der bisherigen Stadtpolitik, die reine Städtebaupolitik war, werden Quartiere nun auch als *Sozialraum* (vgl. Riege/Schubert 2002) betrachtet.

Fragen

- Welche beiden Prozesse sind für das Phänomen der sozialen Segregation verantwortlich?
- Erläutern Sie, wie der Wohnungsmarkt zur Segregation beiträgt und welche Differenzierungen dabei eine Rolle spielen.

- Welche Ressourcen ermöglichen es einem Haushalt, seine Wohnpräferenzen zu verwirklichen? Beschreiben Sie diese näher.
- Erläutern Sie die drei benachteiligenden Dimensionen sozialer Segregation.
- Weshalb kann von einem kumulativen Effekt sozialer Segregation gesprochen werden?